

In Kooperation mit

MISEREOR
IHR HILFSWERK

Brot
für die Welt
Ein Stück Gerechtigkeit

2/2014 LANDWIRTSCHAFT & WELTHANDEL

**Deutschlands vergessene
Milchkühe.** Seite 3

**Europäische Bürgerinitia-
tive „Stop TTIP“.** Seite 6

**Eklat bei der Welthandels-
organisation.** Seite 8

EDITORIAL



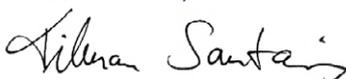
Tilman Santarius

Vorstandsmitglied
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich“, sagte Mark Twain. Leider, manchmal. Zum Beispiel jetzt, da die EU-Kommission und das deutsche Wirtschaftsministerium Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA verhandeln. Wieder schwärmen Befürworter von neuen Exportchancen und Wachstum für die Wirtschaft. Ähnlich salbungsvoll rief die Welthandelsorganisation 2001 ihre letzte Verhandlungsrunde ins Leben, schloss sie aber – aus guten Gründen – nie ab. Denn Zweifel an der Nachhaltigkeit einer weiteren ungezügelter Liberalisierung wachsen allorts. Können wir angesichts der Klimakrise einen Welthandel weiter ausdehnen, bei dem Risikoverursacher für die Risiken nicht gerade stehen? Auch der andere Schwerpunkt der Zeitung betrachtet Exporte und Importe: Ist es sinnvoll, dass wir immer mehr Milch aus Massentierhaltung exportieren und zugleich als Kraftfutter Soja importieren, dessen Anbau zum Abholzen der letzten artenreichen Regenwälder beiträgt? Es wird Zeit, auch hierzu klar Nein zu sagen.

Mit den besten Grüßen,



Tilman Santarius

Eine Landwirtschaft, die Mensch, Tier und Umwelt achtet

Appelle für mehr Verantwortung reichen nicht aus



Foto: Fred Dott

Schweine, die ohne Auslauf und Stroh auf Spaltenböden leben. Hähnchen, die zu zehntausenden in fensterlosen Hallen gehalten werden und sich wegen übergroß gezüchtetem Brustfleisch kaum auf den Beinen halten können. Wälder mit der Größe eines durchschnittlichen deutschen Bundeslandes, die jährlich für den Anbau von Soja – das Futtermittel schlechthin – weichen müssen. Darüber hinaus gibt es in Deutschland in Gebieten mit Intensivtierhaltung zunehmend Grundwasserprobleme. Die deutsche Agrarwirtschaft erzeugt Fleisch zu global konkurrenzfähigen Preisen – ohne Rücksicht auf die Tiere, die Natur, den Menschen.

Die Bundesregierung hat im September 2014 angekündigt, das Problem anzugehen. Landwirtschaftsminister Christian Schmidt will einen „New Deal“ für verbesserte Haltungsverhältnisse. Er fordert dazu alle Beteiligten – Landwirte, Verarbeiter, Einzelhandel und VerbraucherInnen – auf, mehr Verantwortung zu übernehmen. Das ist grundsätzlich sehr zu begrüßen – passt aber so gar nicht zur bisherigen und aktuellen Agrarpolitik der Bundesregierung. Gerade die Ausrichtung auf internationale Wettbewerbsfähigkeit bei den Produktionskosten und immer höhere Exporte haben zu den Problemen bei Tier- und Umweltschutz beigetragen, die Minister Schmidt zu Recht beklagt.

Produktionswachstum schädigt die Umwelt in Deutschland ...

Die deutsche Nutztierhaltung hat sich in den zurückliegenden Jahren beeindruckend entwickelt. Sie erzeugt im Vergleich zum Beginn dieses Jahrtausends zwei Drittel mehr Hühner- und ein Drittel mehr Schweinefleisch. Deutschland wandelte sich so vom Nettoimporteur von Schweinefleisch zu einem wichtigen Nettoexporteur. Gleichzeitig verschärft sich der Trend zur Massentierhaltung. In Deutschland stehen inzwischen über 50 Prozent der Schweine in Beständen mit mehr als 1.000 Tieren und über 50 Prozent der Masthühner und Legehennen in Beständen mit mehr als 50.000 Tieren. Diese Großbetriebe konzentrieren sich in wenigen Regionen und führen dort zu ökologischen Problemen. Fast drei Viertel der Stickstoffeinträge und die Hälfte aller Phosphoreinträge in Oberflächengewässern in Deutschland stammen heute aus der Landwirtschaft, überwiegend aus der intensiven Tierhaltung (vgl. Grafik S. 2). Diese Einträge führen dazu, dass Meere, Seen und Flüsse überdüngt werden, was Artensterben und schließlich das „Umkippen“ von Gewässern zur Folge hat. In Niedersachsen ist fast die Hälfte der Grundwasservorkommen zu stark mit Nitrat, Pflanzenschutzmitteln und Cadmium belastet. Der Eintrag von Ammoniak aus Gülle schädigt Wälder und andere naturnahe Ökosysteme. ▶

... und anderswo

Die Probleme sind jedoch nicht auf Deutschland beschränkt. Um die immer zahlreicher werdenden Tiere zu ernähren, müssen Deutschland und die EU große Mengen Eiweißfutter, vor allem Soja, importieren. Folge davon sind endlose Agrarwüsten in Südamerika, wo ehemals artenreiche Savannen und Wälder standen. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zählt die Tierhaltung zu den wichtigsten Verursachern globaler Umweltprobleme. Sie schätzt, dass etwa ein Fünftel der für den Klimawandel verantwortlichen Treibhausgase direkt oder indirekt aus der Tierhaltung stammen. Gleichzeitig behindern zunehmende Exporte von billigen Fleischwaren und Milchpulver aus Deutschland und der EU Bauern und Bäuerinnen in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern, die eine nachhaltige Tierhaltung aufbauen wollen.

Die Zunahme von Produktion und Export von Fleisch und Milchprodukten ist nicht nur auf die Fähigkeiten deutscher Landwirte und der Ernährungsindustrie beim Management der zunehmend industrialisierten Produktionsprozesse zurückzuführen. Die EU-Agrarpolitik hat diese Entwicklung gezielt und bewusst gefördert. So beruht die Konkurrenzfähigkeit der

deutschen Fleisch- und Milcherzeugung zu einem bedeutenden Teil auf agrarpolitischen Maßnahmen. In der Vergangenheit halfen Exportsubventionen, neue Märkte zu erschließen. Heute passiert das indirekter, es gibt beträchtliche Investitionsbeihilfen für die Erweiterung und den Neubau von Ställen, Schlachthöfen und Milchpulverfabriken. Die EU behält sich zudem vor, die derzeit ausgesetzten Exportsubventionen wieder einzuführen, um „Krisen“ auf den europäischen Märkten zu begegnen – einen ersten Schritt dahin hat die EU-Kommission vor einigen Wochen gemacht (siehe Artikel zum Ende der Milchquote auf Seite 4). Wie schnell und unerwartet solche Krisen bei einer stark exportorientierten Agrarpolitik entstehen können, zeigt sich aktuell beim Konflikt mit Russland, das aus politischen Gründen die Einfuhr von Agrarprodukten aus der EU gestoppt hat.

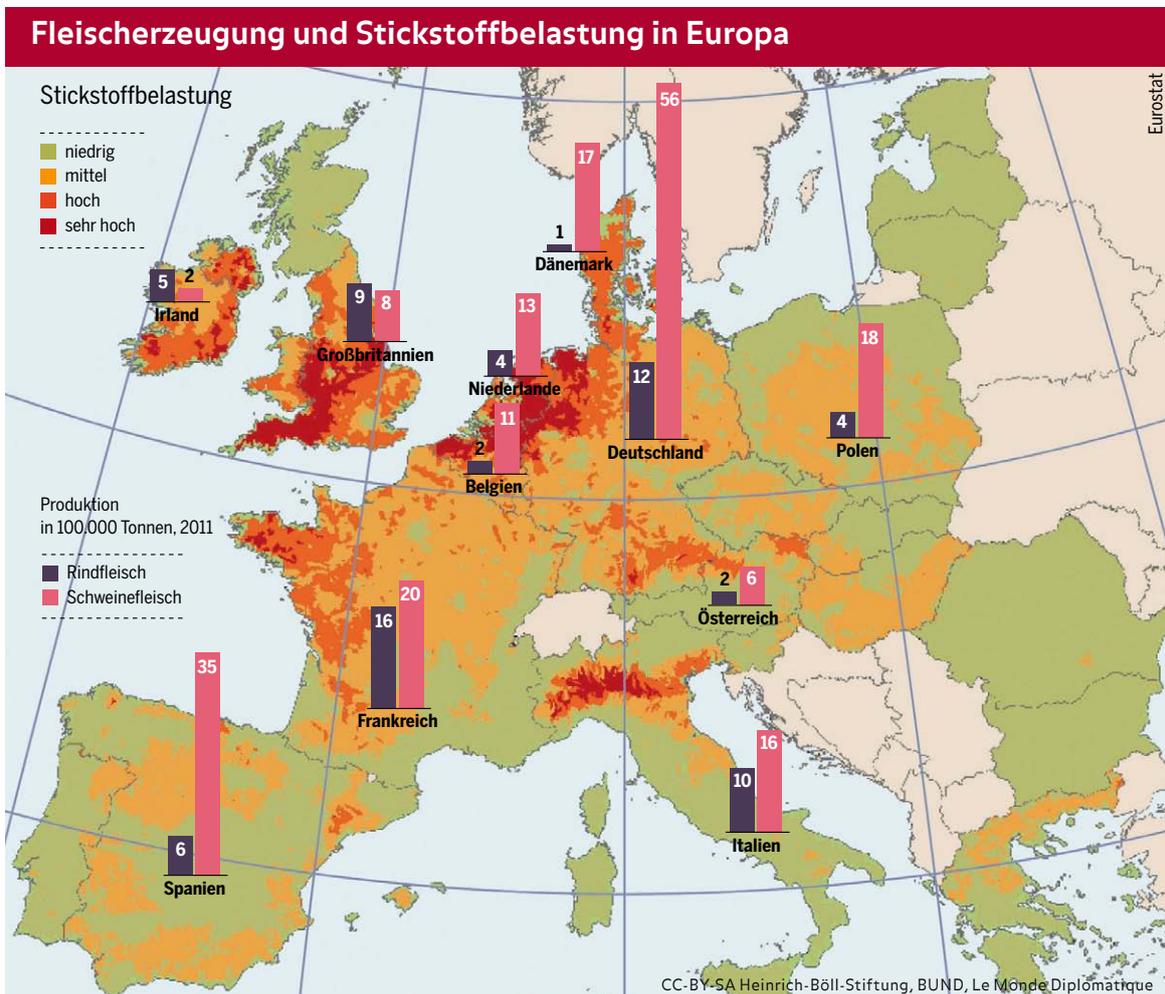
Neuer Ansatz in der Agrarpolitik statt lediglich unverbindliche Appelle

Damit der von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt vorgeschlagene „New Deal“ die Probleme bei Tierwohl, Umwelt und globaler Entwicklung wirksam angehen kann, ist mehr notwendig als ein Appell an das Verantwortungsbewusstsein. Vor allem ist die starke Ex-

portorientierung bei Fleisch und Milchprodukten zu überdenken. Minister Schmidt stellt zu Recht fest, dass eine tier- und umweltgerechtere Produktion wirtschaftlich nur machbar ist, wenn die Abnehmer diese durch höhere Preise honorieren. In Deutschland und seinen Nachbarländern ist dies bereits schwierig genug. In den neuen Wachstumsmärkten in China, Indien und Teilen Afrikas scheint es kurz- und mittelfristig fast unmöglich.

Statt Mengenwachstum und Export sollte die europäische und deutsche Agrarpolitik umwelt- und tierverschträgliche Tierhaltung gezielt fördern und diese an die in der Region vorhandene Futterfläche binden. Dies verhindert übermäßige Konzentration und hohe Futtermittelimporte. Nutztierhalter hätten so die Chance, Haltung und Fütterung tiergemäß und umweltverträglich zu gestalten, die Qualität zu steigern und so auf bessere Erlöse bei geringeren Produktionsmengen zu setzen. Das wäre ein „New Deal“, der es wirklich ernst meint mit der Verantwortung der Politik gegenüber Umwelt und Nutztieren.

Tobias Reichert (Germanwatch)
& Markus Wolter (WWF Deutschland)



Deutschlands vergessene Milchkühe

Mindeststandards für tiergerechte Haltung fehlen bislang

Während es hierzulande eine breite öffentliche Debatte über Missstände in der Schweine- und Geflügelhaltung gibt, denken viele bei Milchkühen an idyllische Weiden. Dabei hat mehr als die Hälfte der Kühe gar keinen Zugang zur Weide, ungefähr jede vierte Milchkuh wird im Stall angebunden und den meisten werden innerhalb ihrer ersten sechs Lebenswochen die Hornansätze ausgebrannt – eine Betäubung ist dafür nicht vorgeschrieben.

Das wirkliche Leben der meisten der 4,3 Millionen Milchkühe in Deutschland hat wenig mit dem zu tun, was uns die Werbung vorspielt. Obwohl Rinder von Natur aus Gras fressen, bleibt den meisten von ihnen der Gang auf die Weide aus Zeit- und Kostengründen verwehrt. Insgesamt kamen im Jahr 2010 nur noch 41,8 Prozent der Tiere auf die Weide. Der Trend geht zur ganzjährigen Haltung im Stall und in der Fütterung spielen Mais, Soja sowie Raps eine immer größere Rolle.

Haltungsbedingungen erzeugen Stress und Krankheiten

Durch Kraftfutter und Züchtung hat sich die Milchleistung pro Kuh in den letzten 40 Jahren fast verdoppelt. Milchhöchstleistungen gleichen einem täglichen Marathon und zehren an den

Kräften der Tiere. Die Folgen sind Stoffwechselstörungen und Fruchtbarkeitsprobleme. Hinzu kommen Euter- und Gelenkentzündungen sowie Lahmen – bedingt durch die Enge und Beschaffenheit vieler Ställe. Heute werden daher viele Milchkühe nach gerade einmal einem Viertel ihrer natürlichen Lebenserwartung, die 20 Jahre betragen würde, geschlachtet.

Die Anbindehaltung, bei der Milchkühe an einem Platz im Stall fixiert sind, hat in den letzten Jahrzehnten abgenommen, ist aber noch immer verbreitet. In Laufställen können sich die Tiere frei bewegen und auf diese Weise auch interagieren. Allerdings wurden insbesondere ältere Laufställe häufig zu eng konzipiert, weisen Sackgassen auf oder bieten an einigen Stellen keine Ausweichmöglichkeiten. Dies erhöht den Stress und die Kämpfe innerhalb einer Herde. Um Verletzungen zu vermeiden, werden den Kälbern deshalb die Hornansätze ausgebrannt, damit den Milchkühen keine Hörner wachsen.

Kampagne KUH+DU

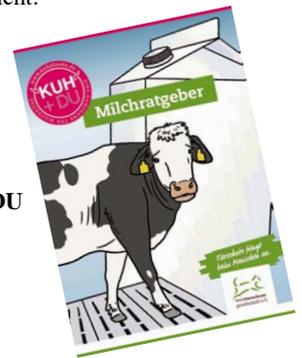
Obwohl der Tierschutz seit dem Jahr 2002 im Grundgesetz verankert ist, gibt es bis heute keine gesetzliche Haltungsverordnung für Milchkühe, die tiergerechte Mindeststandards vorschreibt. Die Welttierschutzgesellschaft möchte dies mit ihrer Kampagne KUH+DU ändern.

Bereits mehr als 65.000 Menschen haben Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt in einer Online-Petition aufgefordert, das Deutsche Tierschutzgesetz sowie die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung im Sinne der Kühe anzupassen. Dabei soll auch die Enthornung junger Kälber ohne Betäubung verboten werden.

Da tiergerechte Haltungsbedingungen mit höheren Kosten einhergehen, müssen die VerbraucherInnen entsprechend informiert und sensibilisiert werden. Sie sollten beim Milchkauf nicht nur auf den Preis achten, sondern auch darauf, unter welchen Bedingungen die Milchkühe gehalten werden. Informationen dazu bietet der Milchratgeber der Welttierschutzgesellschaft, der verschiedene konventionelle und Bio-Milchmarken vergleicht.

Katharina Tölle
(Welttierschutzgesellschaft e.V.)

Weitere Infos:
Kampagne KUH+DU
www.kuhplusdu.de



Kleinbäuerliche Milcherzeugung in Indien – Ein Modell mit Zukunft in einer globalisierten Welt?

Im Unterschied zu vielen anderen asiatischen Ländern spielt Milch traditionell eine wichtige Rolle in der indischen Ernährung. Milch wird seit langem ganz überwiegend in kleinbäuerlichen Betrieben erzeugt und zu einem großen Teil selbst konsumiert, lokal getauscht oder verkauft. Dieses traditionelle System konnte allerdings die seit den 1950er und 1960er Jahren stark wachsende städtische Bevölkerung nicht versorgen, insbesondere da es keine ausreichenden Verarbeitungs- und Transportmöglichkeiten für die leicht verderbliche Milch gab. Indien war zu dieser Zeit stark auf Milchpulverimporte für die städtischen Märkte angewiesen.

Gezielte Förderung von Genossenschaften

Im Jahr 1970 startete die indische Regierung die „Operation Flood“, um die Milchproduktion zu steigern, die Versorgung städtischer Märkte

zu verbessern und die Einkommen der Milchbauern und -bäuerinnen zu erhöhen. Dazu wurden lokale Genossenschaften gefördert, die die



Kühe werden in Indien nicht nur als heilige Tiere verehrt, sie bilden auch eine tragende Säule der Ernährungs- und Einkommenssicherung.

Milch sammeln, konservieren und vermarkten und die Bauern und Bäuerinnen in Fragen der Tiergesundheit und Fütterung unterstützen und beraten. Das Programm war erfolgreich: Produktion und Selbstversorgung stiegen ebenso an wie die Einkommen aus der Milcherzeugung, was auch besonders armen Bevölkerungsgruppen wie landlosen ViehhalterInnen zugute kam.

Unterstützung durch Entwicklungshilfe und Handelspolitik

Zu Beginn unterstützte die EU „Operation Flood“ durch kostenlose Milchpulver-Lieferungen. Diese wurden von den gerade gegründeten genossenschaftlichen Molkereien weiter verarbeitet und verkauft. Die Erlöse halfen bei der Finanzierung des Programms und die Genossenschaften konnten sich so am Markt etablieren sowie schrittweise auf den Ankauf der frischen Milch ihrer Mitglieder umstellen. ▶

Nachdem Indien weitgehende Selbstversorgung mit Milch erreicht hatte, stellte die EU die Lieferungen ein und Indien begann, seinen Milchmarkt mit relativ hohen Zöllen zu schützen, um die – im internationalen Vergleich moderaten – Milchpreise gegen Schwankungen auf dem Weltmarkt zu isolieren.

Strategiewechsel und Freihandel gefährden Erfolge

Der bislang sehr erfolgreiche kleinbäuerliche Milchsektor Indiens steht in den letzten Jahren vor großen Herausforderungen. Die indische Regierung setzt auf eine weitere Expansion der Milchproduktion, obwohl Indien schon heute der weltweit größte Milchproduzent und -konsument ist und auch der Verbrauch mit durchschnittlich über 70 Kilogramm pro Kopf und Jahr schon relativ hoch liegt. Der Zuwachs soll zum großen Teil aus neu zu errichtenden Großbetrieben kommen, die mit den Kleinbäuerinnen und -bauern konkurrieren werden – vor

allem, wenn die Nachfrage nicht wie prognostiziert ansteigt.

Gleichzeitig dringt die EU darauf, dass Indien seinen Milchmarkt für den bilateralen Handel öffnet. Die europäische Milchindustrie sieht hier einen wichtigen Absatzmarkt für die europäische Produktion, die im Zuge des Auslaufens der Milchquote 2015 ansteigen wird.

Falsche Weichenstellungen der indischen Agrar- und der EU-Handelspolitik gefährden somit die Erfolge für Armutsbekämpfung und ländliche Entwicklung, die die „Operation Flood“ in den letzten Jahrzehnten erzielte.

Wieso die „Operation Flood“ nicht wiederholen?

Stattdessen sollte die EU darüber nachdenken, an die Erfolge des Modells „Operation Flood“ beim Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und Armutsbekämpfung anzuknüpfen. Ein

besonderer Fokus könnte dabei auf Westafrika liegen, wo sich die Situation kleinbäuerlicher MilcherzeugerInnen immer weiter verschlechtert und die Importabhängigkeit bei Milch die ohnehin knappen Devisenreserven strapaziert. Vor allem in der stark durch Viehhaltung geprägten Sahelzone werden dringend verlässliche Einkommensquellen im ländlichen Raum benötigt. Eine an die „Operation Flood“ angelehnte Initiative könnte hier notwendige neue Perspektiven vor allem für Kleinbauern und -bäuerinnen sowie Genossenschaften schaffen. Auch bei anderen Agrarprodukten wie Geflügel oder Getreide sollte im Sinne der „Operation Flood“ die Versorgung städtischer Märkte durch regionale, kleinbäuerliche Wertschöpfungsketten gestärkt werden, statt durch europäische Exporte lokale Märkte zu stören.

Tobias Reichert (Germanwatch)
& Stig Tanzmann (Brot für die Welt)

Das Ende der EU-Milchquote Kommen nun Exportsubventionen wieder?

Mehr Exporte ohne direkte Exportsubventionen – dies ist seit einigen Jahren das Ziel der deutschen und europäischen Milch- und Fleischindustrie und mit ihr der Agrarpolitik. Die zunehmende Nachfrage nach Fleisch und Milchprodukten in Schwellen- und Entwicklungsländern bietet europäischen Exporteuren neue Wachstumsmärkte. Um diese voll zu nutzen, wird im Mai 2015 eine der letzten systematischen Eingriffe in den EU-Agrarmarkt beseitigt: Die Milchquote, die bislang noch eine verbindliche Obergrenze für die Milcherzeugung in der EU insgesamt und damit für jedes Mitgliedsland und letztlich jeden Betrieb festlegt. Schon heute liegt die Quote deutlich über dem Verbrauch in der EU und ermöglicht somit Exporte. Aber diese sollen noch weiter steigen. Milchbauern und Molkereien investieren in größere Ställe und neue Milchpulverfabriken. Dafür zahlen die EU und ihre Mitglieder auch weiterhin Subventionen.

Bis zum Frühjahr dieses Jahres schien diese Strategie aufzugehen. Vor allem die Nachfrage aus China stieg wegen wachsender Einkommen und einer Reihe von Skandalen in der dortigen Milchindustrie rasant. China wurde zum größten Absatzmarkt für europäische Milchprodukte. Gleichzeitig stieg auch die Nachfrage in Russland und anderen Schwellenländern spürbar an. Die Weltmarktpreise für Milchprodukte erreichten ein Rekordniveau.

Seit diesem Sommer hat sich die Situation aber deutlich verändert. Die Nachfrage in China

wächst weniger schnell und die Produktion dort nimmt wieder zu, so dass die Lagerbestände hier steigen. Die Weltmarktpreise für Milchprodukte fielen binnen weniger Monate um 40 Prozent. Für die EU kommt nun noch der im Kontext der Ukraine-Krise verhängte Importstopp Russlands, dem zweitwichtigsten Exportmarkt für Milchprodukte, hinzu.

Mehr Exporte gegen den Preisverfall

Dem scheidenden EU-Agrarkommissar Ciolos kommt die aktuelle Entwicklung in Russland womöglich gelegen. Sie bietet einen Anlass, auf den Preisverfall zu reagieren und die als „Notfallinstrument“ vorgesehenen Subventionen für Lagerhaltung von Milchpulver und Butter wieder einzuführen. Er kündigt zudem an, dass weitere Maßnahmen folgen würden, wenn dies notwendig sei. Sein Instrumentenkasten ist dabei allerdings begrenzt. Neben der Lagerhaltung ist als Notfallmaßnahme nur noch die Wiedereinführung der Exportsubventionen vorgesehen. Der Deutsche Bauernverband fordert bereits die „Erschließung neuer Märkte“ als wichtigsten Schritt gegen die derzeit fallenden Preise, ohne dabei Exportsubventionen ausdrücklich zu erwähnen.

Kurzfristig ist es am wahrscheinlichsten, dass der Rückgang beziehungsweise Ausfall der Nachfrage in China und Russland durch höhere Exporte in schon bestehende Märkte kompensiert wird. Dies sind vor allem afrikanische

Länder. Noch im letzten Jahr gingen zwar knapp 14 Prozent der EU-Milchexporte nach China, der Anteil des arabischen Raums, vor allem Nordafrikas, war aber genauso hoch und der der Gruppe afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten (AKP-Staaten), vor allem Westafrikas, mit fast 18 Prozent noch höher. Steigert die EU ihre Exporte in diese Märkte zu fallenden Preisen, werden gerade die Landwirte dort die Verlierer sein, die investieren, um ihre wachsenden regionalen Märkte zu bedienen.

Tobias Reichert

Der kritische Agrarbericht 2014



Schwerpunkt: Tiere in der Landwirtschaft

Das Jahrbuch mit vielen Informationen und Argumentationshilfen zur agrarpolitischen Debatte!



ISBN: 978-3-930413-57-7, 304 Seiten; 22,- €

Zu beziehen über den Buchhandel oder:
ABL Bauernblatt Verlag, Bahnhofstraße 31
59065 Hamm, Fax: 02381 / 492221
verlag@bauernstimme.de, www.bauernstimme.de
www.kritischer-agrarbericht.de

Die auslaufende Milchquote sorgt für Verunsicherung

Interview mit René Millogo und Adam Diallo, Milchbauern aus Burkina Faso

Fünf Tage waren René Millogo von der Organisation Pasmep, einer Initiative zur Unterstützung der Hirten in Burkina Faso, und Adam Diallo, der Präsident der 42 Kleinstmolkereien in Burkina Faso (Burkina Lait) auf Einladung von Misereor im Allgäu und in der Eifel unterwegs. Sie besuchten dort Milchviehbetriebe. Kerstin Lanje von Misereor fragt sie nach ihren Eindrücken.

Was hat während Eurer Reise den größten bleibenden Eindruck hinterlassen?

Adam Diallo (AD): Als Milcherzeuger hat mich am meisten beeindruckt zu sehen, wie gut das Produktionssystem in Deutschland funktioniert. Allerdings habe ich bisher immer gedacht, dass die Landwirte in Europa keine Angst vor der Zukunft haben, dass dies nur uns betrifft.

René Millogo (RM): Für mich war es positiv zu sehen, dass unsere Organisationen in Burkina Faso und Deutschland sich dieselben Fragen stellen und auch ähnliche Probleme sowie politische Forderungen haben. Mir ist aufgefallen, dass in Deutschland in den Bauernfamilien wirklich alle Familienmitglieder mitarbeiten. Die Familien wissen, wohin sie mit ihrem Betrieb wollen, was sie dafür brauchen und wie sie das bekommen können. In Burkina Faso ist das bisher eher unkoordiniert. Es fehlt das Wissen, was du brauchst, um deinen Hof weiter zu entwickeln.

Was sind denn zum Beispiel gemeinsame Probleme, die Deutschland und Burkina Faso verbinden?

AD: Große gemeinsame Fragen sind der Absatz und der Vertrieb der Produkte sowohl auf dem Weltmarkt als auch auf dem lokalen Markt. In Deutschland ruft zudem das Auslaufen der Milchquote Unsicherheit hervor. Fragen wie „Wie entwickeln sich Produktion, Kosten und Preise? Wie können wir das Angebot so gestalten, dass es die Nachfrage trifft? Wie diversifiziere ich mein Angebot, um mein Auskommen zu haben?“ stehen da auf der Tagesordnung. Auch wir fragen uns: Wie können wir unsere Familien ernähren? Wie viel Milch können wir verkaufen? Dafür muss sich der Milchmarkt in Burkina Faso aber erst noch entwickeln.

RM: Milch ist ein strategisches Produkt. Für die Ernährung, aber auch aus politischer Sicht. So-

wohl in Deutschland als auch in Burkina Faso sind es nicht die Erzeuger, die die Gewinne machen, sondern andere.

AD: Zum Beispiel müssen wir verstehen, was es bedeutet, dass die Milchquote in Europa endet und dann mehr Milch produziert wird und auf dem Weltmarkt landet. Was bedeuten die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Europa und Westafrika in diesem Fall für uns? Wir müssen auch lernen, selber als Erzeuger zu Anhörungen im Parlament zu gehen und Reden zu halten.

Wie ließe sich die Wettbewerbsfähigkeit steigern?

AD: Erstens müssen die Futtermittelpreise sinken. Das Gras allein reicht nicht aus für die Fütterung. Ergänzungsfuttermittel sind momentan jedoch viel zu teuer für uns. Zweitens muss der Markt nicht nur national geschützt, sondern auch auf den Weltmarkt abgestimmt werden. Unsere Produktion ist teurer und ohne geschützten Markt haben unsere Produkte keine Chance. Drittens muss es Verbraucherkampagnen geben, um die Menschen zu informieren und den Absatz auf dem lokalen Markt zu fördern.

Wie sieht die derzeitige Förderpolitik des Staates aus?

AD: Der Staat hat Großbetriebe gefördert, regionernahe Privatleute.

RM: Für den Staat ist es einfacher, diese Betriebe zu fördern als uns. Aber die Großbetriebe funktionieren nur, solange der Staat die finanzielle Förderung bereitstellt. Sobald sie wegfällt, gehen die Betriebe pleite. Uns geht es um die Nachhaltigkeit. Die ist bei den Großbetrieben nicht gegeben.

Alles, was der Staat nicht erreicht, müssen zunehmend lokale zivilgesellschaftliche Organisationen übernehmen. Es gab immer wieder Versuche vom Staat, die Hirten zu erreichen. Jetzt hat er sich aber ganz zurückgezogen, konzentriert sich auf Baumwolle als Devisenbringer und Getreide. Wir sind aber der Meinung, dass die Viehwirtschaft rentabel sein kann und Potenzial hat. Darum ist es wichtig, dass die Hirten – von denen es in der Sahelzone viele gibt – unterstützt werden.



Adam Diallo (li.), Präsident von Burkina Lait, und René Millogo von der Organisation Pasmep während des Besuchs auf einem deutschen Milchviehbetrieb.

Welche Anregungen nehmt ihr mit nach Burkina Faso?

AD: Mich hat die Produktionsplanung und -steuerung sehr beeindruckt. In Deutschland geben die Kühe ganzjährig Milch und die Anzahl der Tiere ist abgestimmt auf die Flächen, die für Futteranbau und das Ausbringen der Gülle zur Verfügung stehen. Hiervon können wir viel lernen.

RM: Die gezielte Züchtung ist ein wichtiger Punkt, den wir angehen müssen. In Deutschland werden die Rassen auf Milch oder Fleisch gezüchtet, bei uns ist das nicht der Fall. Es gibt die verschiedensten Rassen, die unterschiedlich viel Milch geben.

Besonders freut mich das Angebot des Bundesverbands Deutscher Milchviehalter BDM, eine Partnerschaft aufzubauen. Diese gilt es nun konkreter zu gestalten: Können vielleicht Landwirte aus Deutschland nach Burkina Faso kommen? Oder können von uns zwei bis drei Landwirte herkommen und eine Schulung machen? Wir würden gerne auch politisch zusammenarbeiten und schauen, wie wir gemeinsam mehr erreichen können.

Interview: Kerstin Lanje (Misereor)

Chinas Milchwirtschaft in der Wachstumskrise

In den letzten 30 Jahren sind Verbrauch und Erzeugung von Milch in China dramatisch angestiegen. Zu Beginn der 1980er Jahre wurden dort etwa 3,55 Millionen Tonnen Milch konsumiert, in diesem Jahrzehnt schon über 48 Millionen Tonnen. Die in China erzeugte Milch wuchs im selben Zeitraum ähnlich beeindruckend auf 42 Millionen Tonnen. Zusätzlich wurden 2011 über 6 Millionen Tonnen Milch importiert.

Dieses atemberaubende Wachstum ist zum einen auf höhere Einkommen und eine stärker an westlichen Mustern orientierte Ernährung vor allem in den Städten zurückzuführen. Zum anderen sieht die Regierung Milch als wichtige Quelle von Eiweiß und Kalzium für die menschliche Ernährung. Ein weiterer wichtiger Faktor ist, dass Säuglinge in China immer weniger gestillt werden, in letzter Zeit nur noch etwas mehr als ein Viertel – obwohl die Vereinten Nationen dies als gesündeste Form der Ernährung für Kleinkinder empfehlen und auch die chinesische Regierung einen Anteil von mindestens der Hälfte anstrebt.

Mit dem raschen Wachstum gehen auch große Probleme einher. Viele Handelsunternehmen und Molkereien setzen auf eine Niedrigpreisstrategie. Um die Profite trotzdem hochzuhalten, begann eine Reihe von Landwirten und Molkereien die Milch zu verfälschen. Was mit der ärgerlichen aber eher harmlosen Verdünnung mit Wasser begann, mündete 2008 im Melanin-Skandal. Diese Chemikalie wurde der Milch beigemischt, um einen höheren Eiweißgehalt vorzutäuschen und damit höhere Preise zu erzielen. Das gesundheitsschädliche Melanin gelangte so in Babynahrung und führte zu zahlreichen Erkrankungen und mehreren Todesfällen.

Die chinesische Regierung geriet durch diesen Skandal unter großen Druck und förderte als Reaktion die Konzentration der Molkereien, da sie hofft, wenige große Betriebe leichter kontrollieren zu können als viele kleinere. Auch bei den Milchbauern schreitet der Strukturwandel voran: Die Zahl der Großbetriebe wächst – von niedrigem Niveau ausgehend – rasant. Gleichwohl ist die sinkende Zahl der Kleinbetriebe

mit weniger als zehn Kühen derzeit noch für den größten Teil der Milcherzeugung verantwortlich.

Das Vertrauen der chinesischen VerbraucherInnen in die heimischen Milcherzeuger bleibt vorerst erschüttert. Wer es sich leisten kann, kauft importierte Ware, vor allem für Babynahrung. Dies ist einer der Gründe für den Boom deutscher und europäischer Milchexporte nach China in den letzten Jahren.

Es ist den chinesischen VerbraucherInnen und Milchbäuerinnen und -bauern zu wünschen, dass es gelingt, den Sektor umweltfreundlicher und sicher zu gestalten. Die europäische Milchwirtschaft sollte nicht darauf setzen, dass dies scheitert.

*Shefali Sharma & Zhang Rou (beide Institute for Agriculture and Trade Policy),
Zusammenfassung und Übersetzung:
Tobias Reichert*

AKTION

Selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“



Die EU-Kommission hat die Registrierung der Europäischen Bürgerinitiative „Stop-TTIP“ mit fadenscheinigen Gründen abgelehnt. Über 240 europäische Organisationen, darunter Germanwatch, haben sich zusammengeschlossen, um nun selbstorganisiert mehr als eine Million Unterschriften gegen TTIP und CETA zu sammeln.

Wir fordern die Institutionen der Europäischen Union und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, die Verhandlungen mit den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu stoppen, sowie das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada nicht zu ratifizieren.

Wir wollen TTIP und CETA verhindern, da sie diverse kritische Punkte wie Investor-Staat-Schiedsverfahren und Regelungen zur regulatorischen Kooperation enthalten, die Demokratie und Rechtsstaat aushöh-

len. Wir wollen verhindern, dass in intransparenten Verhandlungen Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Datenschutz- und Verbraucherschutzstandards gesenkt sowie öffentliche Dienstleistungen (z. B. Wasserversorgung) und Kulturgüter dereguliert werden. Die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative unterstützt eine alternative Handels- und Investitionspolitik der EU. (Zur Kritik an den Abkommen siehe auch Artikel auf Seite 7.)

Hier können Sie sich informieren und die Petition unterschreiben:



www.stop-ttip.org/de

TTIP und CETA – transatlantische Zusammenarbeit unter falschen Vorzeichen

Kein anderes handelspolitisches Thema hat in den letzten Jahren so viele öffentliche Diskussionen ausgelöst wie das geplante Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP). Der Protest lenkte auch die Aufmerksamkeit auf ein sehr ähnliches Abkommen mit Kanada, das „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ (CETA), zu dem bereits ein fertiger Abkommenstext vorliegt. Strittig ist noch, ob die nationalen Parlamente dem noch zustimmen müssen. Die Verhandlungen zum TTIP sind noch in vollem Gange – es ist aber zu erwarten, dass sich zumindest die Europäische Kommission, die die Verhandlungen für die EU führt, an den Ergebnissen im CETA orientieren wird.

Knackpunkt Investorenrechte

Ziel beider Abkommen ist es, die Bedingungen für Handels- und Investitionsflüsse zu verbessern. Dazu sollen die wenigen noch bestehenden Zölle im transatlantischen Handel weitgehend abgebaut werden. Einen größeren Effekt soll es aber haben, unterschiedliche Standards und Normen für die verschiedensten Waren – vom Hühnerfleisch über Autoaußen Spiegel bis zu Chemikalien – entweder anzugleichen oder gegenseitig anzuerkennen. In der öffentlichen Debatte besonders umstritten, sogar bis auf Ebene der Regierungen, ist der Investorenschutz. Der geplante Mechanismus würde es Unternehmen ermöglichen, gegen staatliche Regulierungen, die ihre „legitimen Gewinnerwartungen“ beeinträchtigen, vor einem privaten Schiedsgericht zu klagen, das dann „benachteiligten“ Unternehmen Schadenersatz zusprechen kann. Dies wäre nur für europäische Investitionen in den USA und Kanada beziehungsweise Investitionen aus diesen Ländern in der EU möglich. Damit wären Investitionen im jeweils anderen Land besser geschützt als die im eigenen Land, wo Unternehmen nur den normalen Rechtsweg beschreiten können.

Im derzeitigen Text des CETA-Abkommens sind diese Investorenrechte enthalten. Die deutsche Bundesregierung hat offiziell allerdings noch nicht entschieden, ob sie dem in der bisherigen Form zustimmen will, Änderungen verlangt, oder die entsprechende Klausel ganz ablehnt. Letzteres ist unwahrscheinlich, obwohl einflussreiche Parteifreunde von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel diese Position vertreten. Wird der Investorenschutz im CETA verankert, wäre dies nicht nur ein wichtiges Signal für TTIP, sondern würde vielen US-amerikanischen Unternehmen durch ihre Niederlassungen in Kanada bereits eine Klage in der EU ermöglichen.

Wirtschaftsinteressen vor Umweltschutz

Im CETA-Text ist zudem vorgesehen, dass die EU und Kanada bei technischen Standards stärker zusammenarbeiten. Hier geht es darum, einerseits Handelshemmnisse durch unterschiedliche Bestimmungen abzubauen und andererseits ein hohes Niveau an Verbraucher- und Umweltschutz sicherzustellen. An der vorgesehenen Streitbeilegung wird allerdings deut-

lich, welches Ziel überwiegt: Während gegen ein Land, das wirtschaftliche Bestimmungen des CETA verletzt, auch wirtschaftliche Sanktionen verhängt werden können, bleibt es bei Meinungsverschiedenheiten im Umweltbereich bei Empfehlungen einer Expertenkommission.

Ein breites Bündnis von über 240 Organisationen aus verschiedenen europäischen Ländern spricht sich gegen diese einseitig auf Wirtschaftsinteressen ausgerichtete transatlantische Zusammenarbeit aus. Die Europäische Bürgerinitiative, die einen transparenten Neuanfang bei den Verhandlungen zu TTIP und CETA fordern wollte, wurde von der EU-Kommission aus fragwürdigen formalen Gründen nicht zugelassen. Gleichwohl findet in den nächsten Monaten eine europaweite Unterschriftensammlung statt, mit der das zivilgesellschaftliche Bündnis den europäischen Institutionen noch einmal den breiten Protest gegen die aktuelle Ausrichtung von CETA und TTIP vor Augen führen möchte. Germanwatch unterstützt diese Initiative (siehe Aktion auf Seite 6).

Tobias Reichert & Lutz Weischer



Das Trojanische Pferd als Symbol für den drohenden Abbau von Verbraucherschutz, Demokratie und Rechtsstaat durch TTIP und CETA. (Aktion vom BUND und „Mehr Demokratie“ am 16. September in Berlin)

Eklat um Ernährungssicherheit bei der Welthandelsorganisation WTO

Die neu gewählte indische Regierung hat sich mit einem Paukenschlag in die internationale Handelspolitik eingeführt. Beim Treffen des Allgemeinen Rats der Welthandelsorganisation WTO Ende Juli verweigerte die indische Delegation dem letztes Jahr auf der Ministerkonferenz in Bali vereinbarten Abkommen über administrative Handelserleichterungen (Trade Facilitation Agreement – TFA) die Zustimmung. Damit kann das Abkommen vorerst nicht in Kraft treten. Das TFA ist der zentrale Bestandteil des im Dezember 2013 verabschiedeten „Bali-Pakets“, in dem auch die Regeln für Ernährungssicherheitsprogramme angepasst und der Marktzugang für die ärmsten Länder verbessert werden sollen.

Dabei hat die indische Regierung gegen das TFA an sich nichts einzuwenden. Im Gegenteil setzt sie Teile des Abkommens, das auf Bürokratieabbau und Ausbau der Infrastruktur an Grenzen abzielt, bereits unilateral um. Der aktuelle Konflikt liegt vielmehr in der abgestuften Verbindlichkeit und den unterschiedlichen Umsetzungsfristen für die verschiedenen Elemente des Bali-Pakets. Die meisten Beschlüsse sind nur unverbindliche Aufforderungen an die Industrieländer, von der Zurückhaltung bei der Anwendung von Exportsubventionen bis zum verbesserten Marktzugang für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC). Dagegen wäre das TFA ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen, dessen Verpflichtungen sich auch durch den Streitschlichtungsmechanismus der WTO durchsetzen ließen. Zu den für Indien

besonders wichtigen Ernährungssicherheitsprogrammen beschloss die WTO dagegen nur, vorerst keine Beschwerden gegen Länder zu führen, die die bestehende Ausgabengrenze für diese Programme überschreiten. Diese Klausel bleibt so lange in Kraft, bis eine dauerhafte Lösung gefunden ist, was spätestens bis 2017 geschehen soll.

Verbindliche Abkommen versus unverbindliche Erklärungen

Der Handelsminister der Vorgängerregierung Indiens hatte dem nach zähen Verhandlungen in Bali zugestimmt. Seine Nachfolgerin zeigte sich nun enttäuscht darüber, dass in den letzten Monaten keine Fortschritte in Richtung einer dauerhaften Lösung der Ernährungssicherheitsfrage erzielt wurden, während das TFA inzwischen unterschriftsreif vorliegt. Sie fordert nun, dass Ernährungssicherheitsprogramme bis Ende des Jahres dauerhaft „legalisiert“ werden. Zeitgleich zu diesem Beschluss werde Indien auch das TFA unterzeichnen.

Die Industriestaaten, allen voran die USA, die in Bali besonders auf das TFA gedrungen hatten, aber einer dauerhaften Regeländerung für Ernährungssicherheitsprogramme nicht zustimmen wollten, sind besonders erbost über die indische Position. Sie sei ein schwerer Rückschlag für das internationale Handelssystem. Der südafrikanische Handelsminister merkte dagegen an, dass die WTO schon mehr verpasste Fristen überlebt habe. Für eine Eini-

gung sei es wichtig, das für die WTO typische Ungleichgewicht zu beseitigen: Während für die Interessen der Industriestaaten verbindliche Abkommen geschlossen werden, gebe die WTO für die Interessen der Entwicklungsländer nur unverbindliche Erklärungen ab. Die in Indien grundsätzlich WTO-kritische Zivilgesellschaft reagierte positiv auf die Haltung der Regierung

Strategie oder Taktik?

Der indischen Regierung ist durchaus zuzustimmen, dass Inhalte und Umsetzungsfristen des Bali-Pakets dem Anspruch einer „Entwicklungsagenda“ der WTO nicht gerecht werden. Ob die Blockade des TFA die richtige Taktik ist, um Veränderungen zu bewirken, wird sich allerdings erst noch zeigen. Ist das ein Anreiz für die Industriestaaten, ihre eigene Entwicklungsrhetorik ernst zu nehmen, den unverbindlichen Beschlüssen von Bali Taten folgen zu lassen und die WTO-Regeln für Ernährungssicherheitsprogramme anzupassen? Oder ist das Vorgehen ein weiterer Grund, dies nicht zu tun, da man die Blockade schon zu Ende verhandelter Abkommen nicht belohnen will? Vermutlich werden Indien und die Entwicklungsländer insgesamt eine umfassendere Strategie brauchen, um die Welthandelsordnung entwicklungsfreundlicher zu gestalten.

Tobias Reichert

Warum ich Germanwatch wichtig finde ...



Bernd Schmitz

Bio-Milchbauer und stellv. Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Wie wollen wir uns ernähren? Wo sollen unsere Lebensmittel herkommen? Wer soll diese anbauen bzw. produzieren? Angesichts von Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt, ländlicher Armut, wachsender Macht der Agrarkonzerne und fortschreitender Industrialisierung der Landwirtschaft werden diese Fragen immer drängender. Germanwatch geht sie auf globaler und europäischer Ebene an, ohne dabei die bäuerlichen Betriebe in Deutschland und der EU aus den Augen zu verlieren. Die AbL arbeitet daher schon seit langem mit Germanwatch zusammen, auch um die Auswirkungen des weltweiten Handels klar zu machen.

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo:** Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich).
www.germanwatch.org/de/weitblick
- Kostenloses Abo:** E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen)
www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- Kostenloses Abo:** E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz.
www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- _____ Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos.
www.germanwatch.org/de/weitblick
- Hintergrundpapier:** Die Risiken nehmen zu. Trendanalyse zur globalen Ernährungssicherung 2013. 5 Euro.
www.germanwatch.org/de/7068
- Studie:** Schweine im Weltmarkt und andere Rindvieher. Die Klimawirkung der exportorientierten Landwirtschaft in Deutschland. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/6351
- ➔ **Broschüre:** Export in die Sackgasse. Folgen für bäuerliche Höfe weltweit. Alternativen für die Agrarpolitik. Nur als Download. www.germanwatch.org/de/9029
- Hintergrundpapier:** Die Rettung des Planeten kostet nicht die Welt. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/8666
- Hintergrundpapier:** Moralische Dimensionen der Folgen des Klimawandels wissenschaftlich beleuchtet. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/8666
- Booklet:** Climate Change from above. Approaching Climate Change from an outer space perspective. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/8198
- ➔ **Studie:** Klimafreundlicher Verkehr in Deutschland. Weichenstellungen bis 2050. Nur als Download: www.germanwatch.org/de/8738

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

www.germanwatch.org/de/publikationen

Name

Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org,
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00
BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V.,
Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum,
Christoph Bals, Klemens van de Sand. Oktober 2014.
Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage 100.000.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.



Termine

■ **Fürstenfeldbruck, 23.10.14:** Vortrag „Mut zur Veränderung: Mit dem Entwicklungsland Deutschland auf dem Weg zu einem anderen Wirtschaften“ von Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender von Germanwatch.
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/8999

■ **Berlin, 04.11.14:** Konferenz „Viele Hürden, wenig Haftung: Wie können Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen ihre Rechte in Deutschland einklagen?“ u. a. mit Johanna Kusch und Michael Windfuhr.
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/8822

■ **Vallendar, 15.-17.11.14:** Strategietage für (Jugend-) Verbände und Initiativen: „Neues Ziel, neues Glück“ Sustainable Development Goals. Mit Stefan Rostock. Pallottinische Bildungsstätte Haus Wasserburg.
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/8801

Ja, ich unterstütze Germanwatch...

- Ich spende an Germanwatch einmalig den Betrag von _____ € per Lastschrift.
- Ich werde Fördermitglied von Germanwatch und zahle
 monatlich halbjährlich jährlich
 den Betrag von _____ € (Mindestbeitrag: 5 € monatlich / 30 € halbjährlich / 60 € jährlich).

Ich bin damit einverstanden, dass Germanwatch diesen Betrag von meinem Konto abbucht. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit kündigen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein kontoführendes Kreditinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Konto-Nr.

Geldinstitut

BLZ

Datum

Unterschrift

Name

Vorname

Straße / Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bitte einsenden an:
Germanwatch e.V., Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin

Sie können auch per Überweisung spenden (Bankverbindung siehe Impressum).

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Anfang des kommenden Jahres erhalten Sie ab einer Spende von 25 € automatisch eine Spendenquittung. Bei Beträgen darunter legen Sie Ihrer Steuererklärung einfach den Kontoauszug bei.